

Macht Schule krank?

Leistungsdruck, Krankheiten, Drogen für mehr Konzentration

Rechnete ich bei einer Matheklassenarbeit mit einer schlechten Note, so simulierte ich im Notfall Bauch- oder Kopfschmerzen. Einfach so mal »blau machen« – können sich SchülerInnen das heute noch leisten? Bauch- und Kopfweh sind derzeit nicht nur vorgeschobene, sondern tatsächlich die häufigsten Krankheitssymptome bei SchülerInnen. Laut LBS-Kinderbarometer NRW 2003 nannten 42,5 Prozent der Kinder von Klasse 4 bis 7 in Nordrhein-Westfalen diese Stress-Folgeerscheinungen. Bei einer neueren Untersuchung von 2010 wurden 10- bis 21jährige aus Thüringen, Hessen, NRW und Niedersachsen befragt. Sie klagten auch über Rü-

ckenschmerzen und Schlafprobleme. Insgesamt waren in dieser Erhebung 40 Prozent der Jugendlichen mehrmals in der Woche von Beschwerden betroffen, Mädchen deutlich häufiger. Kopfschmerzen hatten Mädels etwa viermal öfter als Jungs. (»Studie zu Schulstress erschienen«, www.leuphana.de, 19. Januar 2010)

Mädchen besonders betroffen

Mit den Körpern der SchülerInnen leiden auch die schulischen Leistungen. Besonders Prüfungsangst schlägt wortwörtlich auf den

→ Fortsetzung auf Seite 2



Gesundheit

Kapitalismus macht

krank! Doch was heilt?

Die Falken

Armut & Gesundheit

Reiche leben 10 Jahre länger als Arme

Gesundheitsreform

Zwei-Klassen-Medizin und Gegengift dazu

Krank durch Arbeit

... sogar durch Arbeit im Krankenhaus!

Krank ohne Rechte »Medibüros« sorgen für Illegalisierte

Poster: Geh doch ...

... im Pool Deiner Eltern schwimmen!

Wem gehört ...

das Wasser in Morelos/MEX?

Chancenlos Mexikos Gesundheitssystem

Vitamine für die Kinderrepublik 1927

Abtreibung Warum ist

sie illegal?

Liebe Genossinnen und Genossen,

zum 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiter*innenklasse, haltet Ihr die neue AJ in Euren Händen, in der es schwerpunktmäßig um Gesundheit geht. Es ist kein Geheimnis, dass Rahmenbedingen auf der Arbeit und in der Schule, aber auch Ausgrenzung aus der Gesellschaft krank machen. Kein Zufall oder Einzelschicksal: Das auf Profitmaximierung ausgerichtete kapitalistische Wirtschaftssystem produziert Leistungsdruck und somit Krankheit, egal ob bei Schüler*innen oder im privatisierten Krankenhaus. Leider ist es in einer kapitalistischen Gesellschaft so, dass soziale Verhältnisse viel mit Gesundheit und Krankheit zu tun haben. Nicht nur in Deutschland, wo die Bundesregierung die solidarische Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen am liebsten vollständig durch eine sogenannte Kopfpauschale ersetzen möchte, sondern auch weltweit. Daneben findet Ihr in dieser AJ natürlich viele andere spannende Artikel, Berichte und Ankündigungen. So zeigen wir im Kleinen immer wieder, dass eine andere Welt möglich sein kann. Dass Kapitalismus krank macht, können wir wohl kaum verhindern. Aber dass wir m Kapitalismus ,leben, müssen wr nicht stillschweigend und ohne Widerspruch akzeptieren. Daran können wir gemeinsam etwas ändern! In diesem Sinne:

FREUNDSCHAFT! Eure Redaktion

Der Streik des Sisyphus

Gastbeitrag: Zum sozialen Hintergrund von Gesundheit

»Erfolgreicher als es durch die Volksheilstätten geschieht, führt den Kampf gegen die Tuberkulose schon heute das Proletariat selbst, indem es sich bessere Arbeits- und Existenzbedingungen erkämpft.« (Ludwig Teleky, 1872–1957, österreichischer Sozialmediziner)

Dass Krankheiten tieferliegende Ursachen in Lebens- und Arbeitsbedingungen in Gesellschaften haben ist eine Erkenntnis, die so alt ist wie die systematische Beschäftigung mit Krankheit und Gesundheit. In einem der ersten bekannten medizinischen Berichte beschreiben römische Ärzte die dramatischen Gesundheitsschäden der Sklaven in den spanischen Bleigruben.

Erreger sind nicht einzige Krankheitsursache

Mit der erfolgreichen Identifizierung von Krankheitserregern wie den Tuberkulosebazillen, Cholera-Vibrionen und Pockenviren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts konzentrierte sich die Medizin immer mehr darauf, Erreger zu bekämpfen. Mit beispielhaft

wirkungs-vollen Impfstoffen gegen Pocken und Diphterie und der antibakteriellen Behandlung im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert konnte sie grundlegende Erfolge feiern.

TAUCHEN

Es war zwar klar, dass nicht nur diese direkten Verursacher für Krankheit und vorzeitigen Tod verantwortlich sind, sondern auch soziale, kulturelle und ökonomische Lebensbedingungen der Menschen. Diese wurden aber reduziert auf ein weitgehend technisches Verständnis von öffentlicher Gesundheitskontrolle: Kanalisation, Trinkwasserversorgung, Nahrungsmittelüberwa-

Für den Sozialmediziner Ludwig Teleky war selbstverständlich, dass zwischen einer gerechten Ressourcenverteilung, unzumutbaren Arbeitsbedingungen, sozialen Sicherungssystemen und Gesundheit und Krankheit Verbindungen bestehen. Er bestätigte das aus seinen Studien der Soziologie und Nationalökonomie und seinen Verbin-

→ Fortsetzung auf Seite 3



Macht Schule krank?

Leistungsdruck, Krankheiten, Drogen ... (Fortsetzung)

→ Fortsetzung von Seite 1

Magen. Schlechte Noten und Leistungsdruck führen zu einem Gefühl der Ohnmacht: Es besteht die Gefahr, dass die Schmerzen bleiben, obwohl die meisten SchülerInnen grundsätzlich gesund sind. In den Sek-I-Schulen sind Krankheiten deutlich häufiger als bei GymnasiastInnen. Das zeigt, dass schlechtere Zukunftsaussichten schon bei Kindern mehr körperliche Beschwerden auslösen. In den letzten zehn Jahren sind die Zahlen kranker SchülerInnen deutlich gestiegen, (Marianne Demmer, GEW-Vorsitzende, in Super-Illu, 31.1.2011)

Ursache unklar, Lösung da

Zwar ist unklar, wo die Ursache liegt: Sorgt Stress für Schmerzen oder sind Schmerzanfällige wegen ihrer Beschwerden schlechter? Gibt es eine gemeinsame Ursache beider Probleme? Fest steht: Viele Krankheiten aufgrund von Stress und Leistungsdruck lassen sich nur in Zusammenhang mit dem be-gleitenden Stress bekämpfen. Gebraucht werden ein gutes Klassenklima und sensiblere Eltern und LehrerInnen. Nur, wenn die SchülerInnen den Schmerz nicht in sich hineinfressen, sondern darüber sprechen, lässt sich etwas unternehmen. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert daher, Schulen entsprechend umzustrukturieren. Statt Disziplinierung und Selektion pocht sie auf mehr demokratische Spielräume und spielerisches Lernen. In ei-

ner solchen Schule könnten Krankheiten besser zurückgedrängt werden könnten und SchülerInnen hätten bessere Chancen, Selbstverantwortung und Freude am Lernen zu entwickeln.

Doping oder Demokratie?

Dieses erfolgversprechende Rezept wird in der Diskussion jedoch überdeckt von sogenannten »Neuro-Enhancern«: Tabletten zur Steigerung der Denkleistung. Dazu missbrauchen lässt sich zum Beispiel Ritalin, das landläufig als Medikament gegen sogenannte Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitäts-Störungen (ADHS) bekannt ist. Bereitschaft, sich zu dopen, zeigen in deutschen Schulen mit zirka 80 Prozent recht viele SchülerInnen; Ritalindeals auf Schulhöfen gibt es nicht erst seit gestern. Zwar ist die Drogennutzung fürs Gehirn noch weitgehend auf die zahlungskräftigere arbeitende Bevölkerung beschränkt. Aber die Mittelchen sind leicht zu bekommen, etwa Vigil, ebenfalls ein Neuro-Enhancer, aber eigentlich gegen Schlafstörungen entwickelt, die ja nicht wenige SchülerInnen tatsächlich aufweisen.

> Wie nah ist die Gefahr des Medikamentenmissbrauchs, wenn Eltern oder SchülerInnen den Schulerfolg nicht nur pädagogisch, sondern auch medikamentös unterstützen wollen? Die Hirndrogen steigern zwar nicht die Intelligenz, aber doch die Schnelligkeit des Denkens. Zu besseren schulischen Chancen verhelfen sie also nur, wenn in der

Mit der Schule stimmt

was nicht

Schule bedeutet oft mehr Stress als lernen, mehr Disziplin als Freiräume, mehr Druck als Emanzipation. Einen Einstieg in die Schulund Notenkritik bietet dieses kleine Büchlein auf unterhaltsame Weise, das nicht nur kritisiert, sondern auch Wege aus dem Dilemma aufzeigt.



Die Broschüre im DIN A 6 Format kann gegen Portokosten beim Bundesvorstand bestellt werden: SJD – Die Falken · Bundesverband · Luise & Karl-Kautsky-Haus · Saarstr. 14 · 12161 Berlin · Telefon: (030) 26 10 30 - 0 · Fax: (030) 26 10 30 - 50

Schule weiterhin Auswendiglernen und Pauken mehr als Kreativität und Kritik zählt. Der Kampf für eine demokratischere und stärker am Mensch ausgerichtete Schule hülfe damit nicht nur SchülerInnen, weniger krank zu sein: Er würde zudem dem Einfluss von Pharmakonzernen aufs Bildungssystem einen Riegel vorschieben – und in einer solchen Schule hätte ich wohl niemals »blau machen« müssen.

Ben Mirwald Bezirk Niederbayern/Oberpfalz

Gewerkschaft ◀
für LehrerInnen,
ErzieherInnen und
wissenschaftliche
Berufe im Deutschen
Gewerkschaftsbund

ADHS ist eine Kombination aus Problemen mit Konzentrationsfähigkeit, Impulsivität und übermäßiger Aktivität

Aktiv werden: Mitglied werden:

Wer die Gesellschaft verändern will, der muss aktiv werden und sich organisieren. Das geht zum Beispiel in unseren Gruppenstunden, auf Seminaren oder in Zeltlagern, wo wir versuchen, ein Stück Zukunft und Sozialismus schon heute zu leben.

Werde Mitglied bei der SJD - Die Falken

Der Jahresbeitrag für eine Falkenmitgliedschaft beträgt nur 31 Euro für SchülerInnen, Auszubildende und StudentInnen und 13 Euro für Kinder. Als Mitglied kannst du unter anderem an Entscheidungen des Verbandes mitwirken und günstiger an Seminaren, Zeltlagern und anderen Fahrten der Falken teilnehmen. Wie Du Mitglied werden kannst, erfährst du bei den örtlichen Gruppen. Adressen findest du zum Beipsiel auf www.wir-falken.de/vor ort

Nummer gegen Kummer (0800) 111 0 333: Hilfe für Jugendliche

Alkoholgenuss ist eine schöne Sache, klar. Doch kann der Konsum auch zum Problem werden: 73.000 Menschen sterben in Deutschland jährlich an den Folgen von Alkoholmissbrauch. Probleme haben nicht nur Erwachsene. Laut Bundesministerium für Gesundheit geben rund drei Viertel der 12- bis 17-Jährigen nicht nur an, schon einmal Alkohol getrunken zu haben, sondern sie nennen als Hauptgrund »Frust« oder das «Bedürfnis, endlich mal locker zu werden«. Nicht ohne Folgen: 25.700 betrunkene Kinder und Jugendliche mussten 2008 wegen der Folgen übermäßigen Alkoholkonsums im Krankenhaus behandelt werden. Wenn Ihr Leute kennt, die Alkoholprobleme haben oder selbst betroffen seid, könnt Ihr Euch an die Nummer gegen Kummer e. V. wenden. Der Verein bietet anonyme, kostenlose telefonische Beratung durch geschulte Erwachsene oder Jugendliche, die für alle Eure Fragen und Themen ein offenes Ohr haben und die Euch bei Problemen und in Krisensituationen unterstützen. Die Beratung ist über Festnetz und Handy montags bis samstags von 14 bis 20 Uhr erreichbar. Die Nummer für Jugendliche lautet: (0800) 1110 333. Weitere Infos findet Ihr unter: www.nummergegenkummer.de



Der Streik des Sisyphus

Zum sozialen Hintergrund von Gesundheit (Fortsetzung)

→ Fortsetzung von Seite 1

dungen zu österreichischen Gewerkschaften und MarxistInnen. Doch einer sich weiter verwissenschaftlichenden Medizin geriet dieser Zusammenhang aus dem Blick. Das zeigte sich nicht zuletzt mit dem geplanten »World Health Summit« im Oktober 2009 in Berlin, der durch medizintechnische Wunderleistungen eine bessere Gesundheit für alle Menschen in der Welt erwartete.

Sisyphos bzw. Sisyphus ist ein Held der griechischen Sage. Er war in der griechischen Unterwelt dazu verdammt, einen immer wieder herabrollenden Felsen auf einen Berg zu rollen: Ein Bild für eine nie endende Arbeit.

Armut bedingt Krankheiten

Dagegen steht eine wesentliche Grunderfahrung in der Arbeit mit Armen und Marginalisierten. Es zeigt sich immer wieder: Die Behandlung armutsbedingter Krankheiten ist eine sich wiederholende, nicht enden wollende und frustrierende Beschäftigung, weil die Menschen immer wieder mit den gleichen Problemen in den Praxen auftauchen. Und bei der Suche nach den tieferliegenden Ursachen stießen die PraktikerInnen und ForscherInnen auf die gleichen Bedingungen sozialer Ungleichheit, die schon im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert wichtig waren. Eine solche »Archäologie der Ursachen«

kann anhand der Tuberkulose erklärt werden.

Paradebeispiel Tuberkulose

Die Krankheit kann mit direkter medizinischen Behandlung (durch Impfung oder medikamentös) bekämpft werden. Die tiefer liegenden Ursachen, die zur Ausbreitung der Krankheit führen, sind aber nur mehr strukturell und politisch anzugehen. Zuerst und um schnell die Abwehrkräfte zu stärken beispielsweise durch subventionierte Nahrungsmittel oder Wohnungsbauprogramme für gering verdienende Haushalte. Tuberkulose als Armutskrankheit kann jedoch letztlich nur beseitigt werden, wenn es sozialen Bewegungen gelingt, grundlegende Veränderungen wie Landreformen oder faire globale Beziehungen durchzusetzen. Nicht eben ein einfach umzusetzendes Programm, aber lohnend für alle, die die Menschen, die sie behandelt haben, nicht mehr in die gleichen Umstände zurückschicken wollen, die für deren Krankheiten verantwortlich sind. Es bedeutet: Sisyphus verweigert sich der Aufgabe, in unendlicher Wiederholung den Stein hinauf zu rollen, und beginnt stattdessen, den Berg abzutragen.

medico international

streitet für das Menschenrecht auf den bestmöglichen Zugang zu Gesundheit und unterstützt Partnerinnen und Partner vor-

rangig in Afrika, Asien und Lateinamerika in ihrem Bemühen um wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lebensbedingungen, die jedem Menschen das ihm erreichbare Höchstmaß an Gesundheit ermöglichen. Insbe-



sondere steht medico Menschen in Not und Armut, darunter Flüchtlingen und Kriegsopfern, zur Seite.

.....

Die Analyse der sozialen Bedingungen macht klar: Zentral für Gesundheitspolitik ist die Bekämpfung der sozialen Ungleichheit. Ein Kommissionsbericht der Weltgesundheitsorganisation fordert ebendies in unmissverständlichen Worten ein. Für GesundheitsaktivistInnen weltweit gilt es jetzt, die Taten der Weltgesundheitsorganisation an diesen Worten zu messen und selbst weiter daran zu arbeiten, den Berg abzutragen. ★

Andreas Wulfl, medico international Der Text erschien ursprünglich in: medico-Rundschreiben 3/2009, unveränderte Fassung auf www.medico. de/material/rundschreiben/2009/03/der-streikdes-sisyphus/

Ȁnder das!«

Gegen Krisenbewältigung auf dem Rücken der Schwächsten

Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken beteiligt sich gemeinsam mit der DGB-Jugend, den Jusos, der Grünen Jugend, dem Jugendwerk der AWO, der BUND-Jugend, der Naturfreundejugend und dem Bund der Alevitischen Jugendlichen an der Kampagne Ȁnder das!« – www.aenderdas.de

Wir beteiligen uns, um klar zu machen, dass die Folgen der Krise nicht die Schwachen in der Gesellschaft treffen dürfen. Gemeinsam mit anderen linken Verbänden wollen und können wir etwas verändern. Dabei wollen wir zeigen, dass die Bundesregierung die Zukunft junger Menschen zerstört.

Deren Kurs heißt Sozialabbau, Selektion und Unsicherheit, Atommüll, Gesellschaftsbild von gestern und Geschlechterungerechtigkeit.

Dabei ist das zentrale Ziel der Kampagne, junge Menschen in ihrem politischen Engagement vor Ort zu unterstützen und ihnen mit der Homepage eine gemeinsame Plattform des Protestes zu bieten.

www.aenderdas.de dient also für Vernetzung und Austausch über bevorstehende und vergangene Widerstandsprojekte auf lokaler Ebene. Dort können wir zeigen, wie vielfältig und breit der Widerstand gegen die neoliberale Politik ist. Wir freuen uns darum sehr, wenn Ihr Eure Aktionen vor Ort auch dort ankündigt sowie Fotos und Artikel online stellt. Einen Zugang bekommt Ihr über das Falken-Bundeshüro

Zur Zeit gibt es auch schon Materialien in Form von Postkarten mit thematischen Motiven zur Kampa-

gne, die Ihr kostenlos über die Kampagnenseite www.aenderdas.de beziehen könnt. Außerdem ist bald die neue Petition online, die den Bundestag auffordert, ein Gesetz über eine fünfigprozentige Frauenquote für Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften einzuführen. Beteiligt Euch zahlreich, denn gemeinsam sind wir stark!





Alternativ zu »Bin-

strich gebräuchliche

geschlechtergerechte

Schreibweise, vgl. aj

Gesundheitsberichter-

ausgeführt vom Robert

stattung des Bundes,

Koch Institut, s. www.

rki.de/gbe-kompakt

3-2010, Seite 15

So besagt es die

nen-I« und Unter-

Armut und Gesundheit

Lebenserwartung hängt von der Klassenzugehörigkeit ab

In seinem Werk »Das Kapital« zitiert Marx aus der Eröffnungsrede einer Gesundheitskonferenz in Birmingham 1875. Dort heißt es, dass in Manchester die Lebenserwartung der wohlhabenden Klasse 38 Jahre beträgt, die Lebenserwartung der Arbeiter*innenklasse aber nur 17 Jahre. In Liverpool seien die entsprechenden Zahlen 35 und

Die Zahlen sind so skandalös wie unmisverständlich: Zu Marx' Zeiten lebten die Wohlhabenden mehr als doppelt so lange wie die Armen. Die Gründe hierfür waren mehrerlei. Sie reichten von schlechteren Wohn- und Hygienebedingungen und mehr Gewalt in den unteren Klassen über die bessere Ernährung der oberen Klassen bis zu den Arbeitsverhältnissen: Wer aufgrund der unsäglichen Bedingungen in Kohleminen, Fabriken oder auf Baustellen erkrankte oder ums Leben kam, waren die Arbeiter*innen und nicht die Kapitalist*innen.

Nun mag eingewandt werden, dass wie es mit Durchschnitten so ist: Sie bilden eben nur einen Mitteldeckt. Was verdeckt wird, ist, dass die Lebenserwartung wie vor 130 Jahren je nach Klassenzugehörig-

men liegt die Lebenserwartung bei etwa 70 Jahren, bei den Reichen bei 80. Das sind zehn Jahre Unterschied, zehn Jahre mehr Lebenszeit für die einen, nur weil sie über mehr Reichtum verfügen als die an-

Doch es ist nicht allein die Zeitspanne, welche den Unterschied ausmacht. Auch am Gesundheitszustand, und damit an der Lebenqualität, zeigt sich der Klassenunterschied. So sind unter ärmeren Menschen häufiger chronische Erkrankungen wie Asthma und Nierenprobleme, aber auch Depressionen zu finden. Diese chronischen Krankheiten wiederum bedeuten, dass die Betroffenen im Alltagsleben eingeschränkt sind und ihre Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe reduziert werden. Sie sind mehr auf medizinische und andere Hilfe angewiesen, die sie sich aber wegen ihrer Armut schwerer leisten können als Menschen aus höheren

> Eine Frage der Klasse ist auch das Gesundheitsverhalten. Wer arm ist, lebt ungesünder. Dies betrifft zum einen die Qualität der Ernährung, weil – einfach gesagt – die billigen Sachen vom Discounter eben ungesünder sind als Dinge aus der Delikatessenabteilung. Zum anderen liegt dies am Stress, der mit geringen und ungewissen Einkünften oder schlechten Wohnbedingungen verbunden ist. Sorgen darüber, ob die Miete gezahlt oder neue Kleidung gekauft werden kann, kein Geld für Erholung und Urlaub wirken als permanente

»In der ersten Hälfte des Lebens opfert man seine Gesundheit, um Geld zu verdienen.

In der zweiten Hälfte des Lebens opfert man sein Geld, um die Gesundheit wiederzuerlangen.«

François Marie Voltaire

Belastung und Stress, die sich ihrerseits negativ auf Wohlbefinden und Gesundheit auswirken. Sie führen etwa zu Bluthochdruck, der wiederum ein erhöhtes Risiko mit sich bringt, einen Herzinfarkt oder Schlaganfall zu erleiden.

Wie mensch es auch dreht und wendet: Gesundheit ist eine Klassenfrage. Und was zu Marx' Zeiten skandalös war, ist es heute nicht weniger. *

Björn Oellers Landesverband Hamburg

sich die Verhältnisse, nicht zuletzt aufgrund des Drucks der organisierten Arbeiter*innenbewegung, in den letzten 130 Jahren verbessert haben. Die Lebenserwartung in Deutschland liegt heute bei etwa 75 Jahren – im Durchschnitt. Doch wert, der die Unterschiede der Zahlen, aus denen er gebildet wird, verkeit unterschiedlich ist. Bei den Ar-





Gesundheitsreform 2011

Gesundheitsminister Rösler fördert Zwei-Klassen-Medizin

Seit dem 1.1.2011 gilt die von CDU und FDP vereinbarte Gesundheitsreform. Ganz vorne mit dabei: Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP). Von ihm stammt das neue Konzept, welches veranlasst, dass von nun an die Beiträge der gesetzlichen Krankenversicherung von 14,9% auf 15,5% des Bruttolohns ansteigen. Von den 15,5% bezahlen die Beschäftigten 8,2%. Allerdings ging niemand davon aus, dass mit dieser Beitragserhöhung die gesamten Kosten der Gesundheitsversorgung gedeckt werden können. Daher müssen viele Krankenkassen fortan Zusatzbeiträge erheben, welche im Grunde nichts anderes als Kopfpauschalen sind. Denn diese sogenannten Zusatzbeiträge sind Pauschalbeiträge und werden unabhängig vom Einkommen der Versicherten erhoben. Das bedeutet, dass Menschen mit geringem Gehalt dabei stärker belastet werden als besser Verdienende. Eine gesetzliche Obergrenze gibt es bei diesen Zusatzbeiträgen übrigens nicht.

Arbeitsentgelt vor Abzug von Steuern und Sozialabgaben

Theoretische -Rechengröße, Basis ist im Wesentlichen die Differenz zwischen den Beitragseinnahmen plus Steuerzuschüssen und den Ausgaben aller gesetzlicher Krankenkassen

Höhere Beiträge für Arme

Die Beiträge von Arbeitgeber*innen werden allerdings auf 7,3 % eingefroren und alle künftigen Érhöhungen allein von den Arbeitnehmer*innen getragen. Rösler weist dabei auf den »Sozialausgleich« hin. Dieser tritt in Kraft, wenn der »durchschnittliche Zusatzbeitrag« mehr als 2% des eigenen Bruttoeinkommens beträgt. Daraufhin erhält die oder der Versicherte die Differenz als Sozialausgleich aus Steuermitteln. Wenn sich der »durchschnittliche Zusatzbeitrag« also auf 20 Euro beläuft, be-

käme die/der Versicherte mit einem Bruttoeinkommen unter 1.000 Euro einen Ausgleich. Dabei gibt es allerdings ein Problem: Wenn der Zusatzbeitrag einer Versicherung über diesem Durchschnitt liegt, z.B. weil bei dieser besonders viele ältere und chronisch kranke Personen versichert sind, kann somit auch nicht die Zweiprozentmarke eingehalten werden, da die Versicherung einen gewissen Betrag von den Versicherten erhalten muss. Rösler erklärte, man könne doch mal eben die Krankenkasse wechseln, wenn der Zusatzbeitrag zu hoch werde, verschwieg aber dabei, dass langfristig vermutlich alle Kassen Zusatzbeiträge einführen werden und Versicherte damit vor steigenden Zusatzbeträgen nur schwer fliehen können. Auch der Hinweis, die Versicherten könnten ja einen Wahltarif mit Teilbeitragsrückerstattung, wenn der/die Versicherte im zurückliegenden Jahr keine Kosten für die Krankenkasse verursacht hat, bei ihrer Krankenkasse abschließen, um die Zusatzbeiträge zu reduzieren, ist blanker Zynismus. Bei Abschluss eines Wahltarifs, der sich im Prinzip auch nur für gesunde Versicherte lohnt und somit das Solidaritätsprinzip der gesetzlichen Krankenversicherung untergräbt, sind die Versicherten drei Jahre an ihre Krankenkasse gebunden und können auf später eingeführte Zusatzbeiträge nicht mit einem Kassenwechsel reagieren.

Mehr Leistungen für Reiche

Die neue Reform veranlasst aber auch, dass derzeitig gesetzlich Versicherte sich ganz leicht privat versichern lassen können. Es reicht

nun, einen Nachweis vorzulegen, dass im letzten Jahr (anstatt wie früher in den letzten drei Jahren) monatlich mindestens 4.125 Euro brutto eingenommen wurden. Private Krankenversicherungen können mit mehr Zuwachs rechnen, denn viele Leute, die die Voraussetzungen mitbringen, werden sich nun überlegen, zu einer privaten Versicherung zu wechseln. Infolgedessen wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer. Der Wettbewerb der gesetzlichen Krankenversicherungen wird sich in den nächsten Jahren auf die Zusatzbeiträge konzentrieren; ihre Leistungsqualität werden sie daher noch mehr einschränken. Zukünftig werden die meisten gut situierten Menschen privat versichert sein, da sie in der privaten Krankenversicherung erheblich bessere Leistungen erhalten. Dies wird hohe Defizite in den gesetzlichen Krankenkassen verursachen und noch höhere Zusatzbeiträge herbeiführen. Wir nehmen Kurs in Richtung Zwei-Klassen-Medizin!

Lili Werner, Ortsverband Bornheim

Negativer Haushaltssaldo, also Schulden ▶ Bei einem privatwirtschaft-

lichen Versicherungsunternehmen, welches Beiträge nicht auf Basis der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, sondern allein auf Grundlage des individuellen Krankheitsrisikos und von Vorerkrankungen kalkuliert

»Die Armen sind auf Gerech-

Bertolt Brecht

tigkeit angewiesen, die Reichen auf Ungerechtigkeit.«

Kopfpauschale stoppen!

DGB-Kampagne gegen Rösler-Gesetz

Gesundheitsminister Rösler hat zum 01.01.2011 das sogenannte Kopfpauschalengesetz durchgebracht. Er hat den Beitrag für die Krankenversicherung erhöht und den Beitrag, den der Arbeitgeber zahlt, eingefroren. Das bedeutet, dass jede Beitragserhöhung in der Zukunft ausschließlich zu Lasten der Arbeitnehmer_innen geht. Hinzu kommen weitere Mehrbelastungen für die Arbeitnehmer innen: Sie müssen zusätzlich Sonderbeiträge, Zuzahlungen (z. B. Rezepte für Medikamente) und Praxisgebühren leisten. Daran will Herr Rösler nichts ändern.

Nicht nur, dass sich wie bisher Menschen mit hohem Einkommen auch bessere Hilfen wie z.B. qualitativ höherwertige Hörgeräte leisten können. Menschen mit geringem Einkommen werden noch mehr davon abzweigen müssen, um ausreichend gesundheitlich versorgt zu sein und die pauschalen Zusatzbeiträge bezahlen zu können. Pauschal bedeutet in dem Fall, dass der Beitrag nicht vom Einkommen abhängig gemacht wird, so wie es in der gesetzlichen Krankenversicherung vorgesehen ist. Menschen, die viel verdienen, zahlen die gleichen Zusatzbeiträge wie Menschen, die



viel weniger verdienen. Damit wird das ganze Krankenversicherungssystem noch unsolidarischer.

Wenn du etwas dagegen tun willst, informier dich und beteilige dich am Aktionsbündnis »Köpfe gegen Kopfpauschale« des DGB. Weitere Infos findest du auf der Internetseite www.stoppauschale.de/ aktionen 🖈

Mandy Göhler Kreisverband Leipzig Weitergehende Infos: »Bürgerversicherung statt Kopfpauschale«, Broschüre des DGB-**Bundesvorstands:** www.dgb.de/ presse/++co++e67 aaac6-046a-11e0-4351-00188b4dc422



Krank durch Arbeit

Wie Arbeit im Krankenhaus die Gesundheit schädigt

In der Lohnarbeit dürfen Arbeitnehmer*innen nicht in ihrer Gesundheit gefährdet werden. Das ist ein Grundsatz des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Das dürfte eigentlich auch allen einleuchten, da Gesundheit ein kostbares Gut ist. Dieses hohe Gut bedarf zurecht klarer gesetzlicher Regeln, um es zu schützen. Seltsamerweise sieht die Realität aber oft ganz anders aus. Wieso kann, was als vernünftig angesehen wird, dann doch nicht oder völlig deformiert stattfinden? Ich möchte mal ein kleines Beispiel geben. Ich arbeite in einem Krankenhaus mit ca. 1.300 Beschäftigten. Das Haus rühmt sich bei jeder Gelegenheit, einer der modernsten Arbeitgeber Europas zu sein. Dieses Krankenhaus gehört zum Schön-Konzern, dort werden viele Millionen Euro im Jahr umgesetzt.

Krankenhausbetrieb für den Gewinn

Nun, im Krankenhaus sollte man doch vermuten, wird auch auf die Gesundheit der Beschäftigten ein besonderer Wert gelegt. Ich muss nun alle glühenden Verfechter*innen des freien Marktes, also des Kapitalismus, bitter enttäuschen. Das Krankenhaus wird nicht betrieben, um Gesundheit herzustellen oder zu schützen, sondern – weil es einem Konzern gehört – um maximale Profite zu generieren. Mit der Folge, dass es zwar eine Kontrolle der gesundheitlichen Gefährdung am Arbeitsplatz gibt, die Kontrolleur*innen aber nicht ihren vollen

gesetzlichen Auftrag erfüllen, sondern von der Unternehmensleitung nach Gefügigkeit eingekauft werden. Es handelt sich um Institute, die die Gefährdung (auch die psychische) am Arbeitsplatz in regelmäßigen Abständen ermitteln sollen. Da diese Institute daran interessiert sind, sich diese Aufträge zu angeln, geben sie in vielen Punkten gegenüber den Arbeitgeber*innen nach. Das hat fatale Folgen für die Beschäftigten. So schauen diese Institute auf defekte Steckdosen und Kartons im Fluraber nicht auf die Zahl der geleisteten Überstunden, was ja ein Symptom für Missmanagement des Arbeitgebers wäre. Sie schauen nicht auf den Krankenstand, der vielleicht Auskunft über die psychische Belastung sowie Unerträglichkeit der Arbeit geben könnte.

Macht als Mittel zum Profit

Diese Kriterien tauchen in den gesetzlichen Vorgaben auf, fallen aber stillschweigend unter den Tisch, da es anderenfalls zu unangenehm für die Arbeitgeber*innen ist, und sie sonst ja tatsächlich aufgefordert wären, diesen Missständen abzuhelfen. Auch werden so die Wirkungsmöglichkeiten des Betriebsrates, in dieser Richtung etwas zu unternehmen, deutlich eingeschränkt. Das heißt, außer dem finanziellen Aspekt ist hier ein deutliches Machtgefälle zu beobachten. Macht wird als Mittel eingesetzt, um hier völlig einseitig materielle Interessen zu bedienen. Den Preis

»Der Tod ist ein finales Ereignis und begrenzt die Lebensdauer.«

......

Gesundheitsreport NRW 1994

dafür zahlen die Beschäftigten, mit Lohnarbeit unter krank machenden Verhältnissen. Verschärfend tritt dann noch permanenter Personalmangel hinzu. Oder die Unsitte, ständig zu Hause, in der Freizeit angerufen zu werden, ob man nicht einspringen kann. Das Unternehmen behandelt seine Beschäftigten also wie Eigentum und eben nicht respektvoll, sondern es setzt sie gezielt unter Druck.

Reform ist nicht genug

Hier ist es wichtig, gewerkschaftliche Gegenkräfte aufzubauen, um nicht an der Lohnarbeit zugrunde zu gehen. In den letzten Jahren hat sich die Zahl der psychischen Erkrankungen in der Bundesrepublik verdreifacht – das sollte zu denken geben. Und welche(r) zukünftige PatientIn kann unter solchen Bedingungen noch sagen, sie oder er wäre im kapitalistischen Krankenhaus noch in guten Händen?

Ich möchte die tapferen Krankenpfleger*innen und Ärzt*innen nicht diskreditieren, die einen guten Job machen. Mir ging es um die gesellschaftlichen Widersprüche im Gesundheitssystem. An einem kleinen Beispiel etwas hervorzuheben, um den Blick zu schärfen. Hier wird es mit kleinen Reformen nicht getan sein. Politisch ist die Ausrichtung des europäischen Gesundheitsbereichs nach Profitinteressen beschlossen, überall soll Wettbewerb einziehen. Der Staat soll sich rausziehen, also werden die Konzerne weitgehend sich selbst überlassen, Kontrolle wird es da kaum geben, oder nur, wie in meinem Beispiel, als Augenwischerei. Auch nach der letzten Krise gibt es keine Änderung des kapitalistischen Systems. Na, denn, weiter so? *

> Torsten Burkhardt ist aktives ver.di-Mitglied und Betriebsrat in einem Hamburger Krankenhaus

Impressum

AJ – die andere jugendzeitung: Ausgabe 1-2011

Herausgeberin: Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, Bundesvorstand, Luise & Karl-Kautsky-Haus, Saarstr. 14, 12161 Berlin, (030) 26 10 30-0 | aj-redaktion@wir-falken.de | www.wir-falken.de · **V.i.S.d.P.:** Sven Frye

-.....

Redaktion: Kai Nimiczeck, Björn Oellers, Stephan Köker, Rinske Reiding, Paul Erzkamp, Ben Mirwald, Jasmin-Marei Christen, Nadine Veiser, Mandy Baumann, Maike Groen
Weitere Texte von: Torsten Burkhardt, Hendrik Giese, Mandy Göhler, Sebastian Muy, Lili Werner,

Fotos und Grafiken: pixelio.de/Schemmi (S. 1), Gerd Beck (S. 2), Bundesbüro (S. 12/16), Maike Groen (S. 14), IUSY (S. 13), Francesco Taboada Tabone (S. 10), Katrin Ziel (S. 14), www.aenderdas.de (S. 3/4/7/8/9), www.stoppauschale.de (S.5), www.wewantsex-derfilm.de (S.15), www.worldmapper.org/ (S. 11) Layout: Helga Wolf · Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in allen Fällen die Meinung der Redaktion wieder. Der Bezug der AJ ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Die AJ wird aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes gefördert. Redaktionsschluss AJ 2-2011, "Umwelt/Nachhaltigkeit«: 6. Mai 2011





Recht auf Gesundheit: nicht für alle?

Arbeit der Medibüros gegen Rassismus im Gesundheitssystem

In Deutschland hat jeder Mensch einen Anspruch auf medizinische Versorgung – sollte mensch meinen. In der Realität sieht dies anders aus, besonders für Menschen ohne Papiere, d. h. für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus nach deutschem Gesetz. Die Zahl dieser Menschen in Deutschland wird auf 500.000 bis 1.5 Millionen geschätzt. Sie leben und arbeiten hier, oft seit vielen Jahrzehnten, doch werden sie durch den Staat illegalisiert, d.h. ihnen werden grundlegende Rechte verwehrt. Denn um ein Recht einzufordern, müssten sie sich zu erkennen geben, womit sie Gefahr liefen, verhaftet und abgeschoben zu wer-

> Ist dieses Problem so schon groß genug, wird es noch dringender, wenn jemand gesundheitliche Hilfe benötigt. Zwar steht nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eine Minimalbehandlung zu, doch müsste jemand sich für diese Leistung an das Sozialamt wenden und das Sozialamt wiederum ist zur Meldung an die Ausländerbehörde verpflichtet. Konkret bedeutet dies, dass eine erkrankte Person ohne Papiere, wendet sie sich wegen Hilfe an das Sozialamt, noch vor oder während der Behandlung verhaftet und aus Deutschland abgeschoben werden kann, was nicht selten vorkommt. Folglich nehmen Menschen ohne Papier aus Furcht vor ihrer Entdeckung ihr Recht auf medizinische Versorgung nicht oder nur eingeschränkt wahr.

Gleichberechtigung – auch in der Gesundheit

Um den Zugang zur medizinischen Versorgung für Flüchtlinge und Migrant*innen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus zu verbessern, haben sich in bislang etwa 30 Städten in Deutschland medizinische Beratungs- und Vermittlungsstellen, sogenannte Medibüros gegründet, so zum Beispiel das Medibüro in Hamburg.

Dieses startete 1994, ein Jahr nachdem das Asylgesetz massiv eingegegrenzt und in großen Teilen faktisch aufgehoben wurde. Der gesellschaftliche Kontext war in dieser Zeit von zunehmendem Rassismus geprägt, der von der offiziellen Politik geschürt wurde und in zahlreichen Anschlägen auf Asylbewerber*innenheime und Übergriffe gegen Menschen zum Ausdruck kam.

Das Medibüro Hamburg fordert einen gleichberechtigten Zugang zu medizinischer Versorgung für alle Menschen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, und tritt für ein Recht auf Rechte ein. Es leistet praktische Hilfe durch die Vermittlung von Behandlung ohne Krankenversicherung, indem es mit Ärzt*innen und Praxen zusammenarbeitet, die bereit sind, medizinische Behandlung für Illegalisierte anzubieten.

Auf politischer Ebene arbeitet das Medibüro mit Flüchtlings- und

Migrant*innenorganisationen, Beratungsstellen und antirassistischen Organisationen zusammen. Zudem existiert eine bundesweite Vernetzung solcher Beratungsstellen. Das Medibüro ist ehrenamtlich, nichtstaatlich und arbeitet unabhängig von Kirchen, Parteien oder anderen Institutionen. Die nötigen Finanzen kommen allein über Spenden herein.

Was Ihr tun könnt

Da die Medibüros auf Spenden angewiesen sind, könnt Ihr Soliparties organisieren, deren Erlöse Ihr an ein Medibüro spendet. Zudem könnt Ihr auf die Arbeit dieser Beratungsstellen aufmerksam machen und Eure Ärzt*innen fragen, ob sie nicht bereit sind, mit einem Medibüro zusammenzuarbeiten.

Dabei ist das Ziel der Medibüros auf lange Sicht nicht, eine eigene Struktur zur Gesundheitsversorgung aufzubauen, sondern das existierende Gesundheitssystem für alle zu öffnen. So schreibt etwa das Medibüro Hamburg: »Es ist nicht hinzunehmen und zu leisten, dass zivilgesellschaftliche Initiativen und Ärztinnen und Ärzte mit Hilfe von Spenden diese medizinische Versorgung tragen. Unsere praktische Arbeit ist keine Lösung, sondern ein notwendiges Provisorium in einer inakzeptablen Situation.« **

Björn Oellers Landesverband Hamburg ➤ Wo es überall Medibüros gibt, findet ihr auf www.medibueros.org

Zusammenhang, von lat. contextus, verflochten

Deutsches Institut für Menschenrechte: »Frauen, Männer und Kinder ohne Papiere in Deutschland – ihr Recht auf Gesundheit«. Der Bericht kann von der Homepage des Instituts heruntergeladen werden: www.institut-fuermenschenrechte.de







»Das Wasser gehört uns allen ...

Der Kampf um Wasser in Morelos, Mexiko

Alle Zitate sind dem Film »13 Pueblos en defensa del agua, el aire y la tierra« (Mexiko, 2007) entnommen und übersetzt.

Dorfgemeinschaften, ◀ »pueblo« bedeutet auf Spanisch sowohl »Dorf« als auch »Volk«

Begriff für Menschen, die schon vor der Kolonialisierung durch Europäer_innen in diesen Ländern gelebt haben

Es gibt in Mexiko als
Errungenschaft der Revolution 1917 ein Gesetz,
nach dem Land etwa
einer Dorfgemeinschaft
als Kollektiv übertragen
und von den Menschen
gemeinsam bearbeitet
wird. Dieses sogenannte
»Ejido«-Land durfte jahrzehntelang nicht an Privatpersonen und kommerzielle
Firmen verkauft werden,
sondern gehörte immer
denen, die drauf arbeiteten.

»Die Regierung sagt, das Wasser gehöre uns nicht mehr. Warum? Weil sie es für die Reichen reservieren wollen; und wir Armen, wir zählen nichts! Das werden wir nicht akzeptieren und weiterkämpfen!« Die Demonstrantin, vielleicht um die 60 Jahre alt, die den anwesenden Pressevertreter_innen wütend ihre Meinung in die Mikrofone ruft, bewohnt eines der 13 Pueblos im mexikanischen Bundesstaat Morelos, nicht weit von Mexiko-Stadt, die sich zusammengeschlossen haben, um sich gemeinsam gegen die Pläne der Regierung zu wehren, die Wasserquellen zu privatisieren, von denen sie leben.

> Xoxocotla ist eine Gemeinde in Morelos mit ca. 20.000 Einwohner_innen, deren Ursprünge in der Zeit vor der Kolonisierung durch die Spanier innen liegen. Die meisten Bewohner innen sind Indígenas, Umgangssprache ist Náhuatl, nicht Spanisch. Jahrhundertelang versorgten sich die Menschen hier an nahegelegenen Flüssen und Wasserstellen. Als die Trinkwasserreserven u.a. aufgrund von zunehmender Verschmutzung abnahmen, bauten die Bewohner innen, mit finanzieller Hilfe des »linken« Präsidenten Lázaro Cárdenas, Ende der 1930er Jahre eine Wasserleitung zur 11 km entfernten Quelle; in den 1960er Jahren wurden in der Gemeinde Wasserleitungen und Hausanschlüsse verlegt.

Vom Naturgut zur Ware

Entsprechend der zunehmenden Bereitschaft der mexikanischen Po-

litik, öffentliche Güter zu privatisieren, plante die Regierung in Morelos in den 1980er Jahren die Beteiligung privatwirtschaftlicher Unternehmen an der Verwaltung und Verteilung des Wassers. Die Pueblos organisierten sich, verhinderten gemeinsam die Umsetzung des Plans und erreichten sogar, dass die Wasserversorgung fortan von den Gemeinden selbst verwaltet werden konnte. Hierfür wählen sie ein Komitee, das sich ehrenamtlich und verantwortlich um alle Aufgaben rund um die Verwaltung und gerechte Verteilung des Wassers küm-

> In den letzten Jahren haben die Wasserkapazitäten jedoch deutlich abgenommen, weswegen die Haushalte in Xoxocotla nur noch schichtenweise, oft nur für wenige Stunden in der Woche oder noch seltener, Wasserzugang haben; einige Viertel der Gemeinde sind sogar ganz vom Wassernetz abgeschnitten. Daher sind immer mehr Bewohner innen gezwungen, einen großen Teil ihres Geldes für die Dienste privater Wasserhändler auszugeben, die Wasser aus einem nahegelegenen Kanal abpumpen und es verkaufen, obwohl es eigentlich nicht zur menschlichen Nutzung geeignet ist. Da das Leitungs-wasser in Mexiko ohnehin nicht als trinkbar gilt, muss zusätzlich jeden Tag gereinigtes Wasser zum Trinken und zur Zubereitung des Essens gekauft werden, wovon vor allem europäische und US-amerikanische Konzerne wie Danone, Nestlé, Pepsi und Coca-Cola profitieren.

> > Der zunehmende Wassermangel in den letzten Jahren steht im Zusammenhang mit der Förderung eines aggressiven »Entwicklungsprojektes«: dem Bau immenser Siedlungsgebiete, die Personen mittlerer bis höherer Einkommensschichten anlocken, der Verstädterung der Gegend dienen und die Wirtschaft der Region antreiben sollen. Damit verbunden wird Land, das sich bis dahin in Kommunebesitz befand, an private Unternehmen verkauft und Genehmigungen für die Bebauung des Bodens und zur Bohrung von Brunnen zur Wasserversorgung der neuen Siedlungen erteilt. Die Bewohner_innen fürchten, dass die ohnehin schon schlechte Versorgungslage sich durch die Übernutzung der Wasserquelle noch verschlechtert. Denn während in den indigenen Dörfern nur alle ein bis zwei Wochen Wasser aus dem Hahn kommt, fließt



Von der Regierung nur Repression als Antwort

in den neugebauten Siedlungen 24 Stunden am Tag das Wasser. Zudem werden die natürlichen Ressourcen durch Abwässer sowie Müllhalden aus Industrie- und Hausmüll zunehmend beeinträchtigt. Dadurch sind die Menschen wiederum immer mehr auf den Kauf von abgefülltem Trinkwasser angewiesen, was sich viele Dorfbewohner_innen nicht leisten können.

Gemeinsam gegen Ausverkauf der Lebensgrundlagen

Angesichts dieser Verschlechterungen der Lebensbedingungen der Menschen und der Aussicht, dass sich die Situation wegen der für die Zukunft geplanten Projekte weiter verschärfen würde, schlossen sich im Jahr 2005 die Menschen in Xoxocotla mit den Bewohner_innen von 12 weiteren betroffenen Gemeinden zur »Bewegung der 13 Pueblos von Morelos« zusammen, mit dem Ziel, ihre natürlichen Ressourcen und vor allem ihre wichtigen Wasserquellen solidarisch zu verteidigen. In regelmäßigen »Asambleas«, Ratsversammlungen, werden gemeinsame Strategien des Kampfes diskutiert, »in gemeinsamer Aushandlung, in echter Demokratie, ohne politische Parteien«, wie Julia Salazar, Bäuerin aus Xoxocotla,

> »Die Menschen müssen begreifen, dass Regierungen das Land nicht besitzen. Wir, als indigene Pueblos, besitzen das Land. Und wir wollen es teilen, weil wir eine Gemeinschaftstradition haben. Keine Person besitzt irgendetwas, und alle zusammen besitzen wir alles.«, erklärt Armando Soriano vom »Rat

→ Fortsetzung auf Seite 11



»Lüg nicht, Gouverneur – es gab keinen Dialog!«

Bilder: Bilder: F. Taboada Tabone



... nicht der Regierung!«

Der Kampf um Wasser in Morelos (Forts.)

→ Fortsetzung von Seite 10

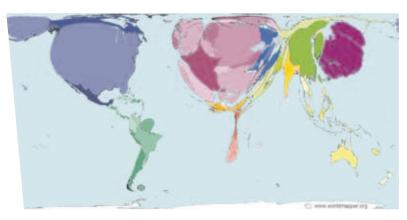
der Pueblos von Morelos«. »Das ist etwas, was neue Generationen lernen müssen: Dass wir nicht einverstanden sind mit Privateigentum; wir glauben an Gemeinschaftsbesitz, dass jede/r das haben sollte, was er oder sie braucht.«

2007 organisierten die Pueblos eine große Demonstration in der Hauptstadt des Bundesstaats und forderten den Gouverneur dazu auf, zu intervenieren und die Projekte, die die Versorgung und die Gesundheit der Pueblos bedrohten, zu stoppen. Die Regierung jedoch schenkte den Forderungen kein Gehör. »Den formalen, legalen Weg sind wir bereits gegangen, ohne Resonanz, daher nutzen wir jetzt unsere Ausdrucksfreiheit, unser Recht auf Protest!«, sagte ein Demonstrant. Die Bewohner innen organisierten weiterhin Demonstrationen, blockierten schließlich eine Autobahn. Die Regierung reagierte mit Repression, ließ die Demonstration mit Tränen-

gas und Schlagstöcken zerschlagen; es gab Festnahmen und Verletzte.

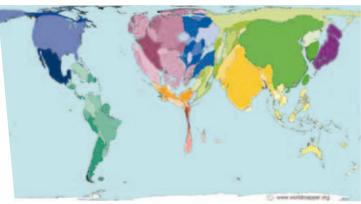
Bis heute ist es zu keiner zufriedenstellenden Lösung der Wasserproblematik in Morelos gekommen. Die Regierung richtet ihre Politik weiter an den Interessen der Unternehmen und wohlhabenderen Bevölkerungsteile aus, die sich in einem der neugebauten Siedlungsgebiete etwa an einem Golfplatz erfreuen sollen; die Pueblos von Morelos indessen organisieren sich zunehmend auch auf nationaler und internationaler Ebene mit Gemeinden, die ebenfalls unter den Folgen der neoliberalen Klassenpolitik ihrer Regierungen leiden. "Wir werden gegen jedes System kämpfen, das versucht, sich selbst über den Menschen zu stellen", sagt ein Redner auf einer Ratsversammlung. Dieser Kampf ist nach wie vor, in Morelos, Mexiko und anderswo, hochaktuell.

Sebastian Muy, KV Berlin-Neukölln (derzeit Mexiko-Stadt)



1. Gesundheitsausgaben der Länderregierungen

Auf dieser Karte werden die Gesamtausgaben der jeweiligen Regierung für das Gesundheitssystem dargestellt. Je höher die öffentliche Finanzierung ist (beispielsweise wenn es eine Krankenversicherung gibt), desto weniger müssen die Menschen selber für ihre Gesundheit ausgeben. Das entscheidet oft darüber, ob wer sich eine Behandlung überhaupt leisten kann.



Arme fast chancenlos

Das Gesundheitssystem in Mexiko

Das mexikanische Gesundheitssystem ist eine Mischung aus einer gesetzlichen Krankenversicherung, die auf Beiträgen von Arbeitnehmer_innen mit festen Verträgen basiert, und einer »Volksversicherung« (»Seguro Popular«), die theoretisch auch allen anderen Bürger_innen eine medizinische Basisversorgung bieten soll. De facto sieht es aber eher so aus, dass die öffentlichen Gesundheitssysteme kaum die notwendige medizinische Versorgung bieten, weswegen wer es sich leisten kann, eine private Krankenversicherung abschließt. Das Geschäft mit medizinischen Dienstleistungen floriert - und wer diese nicht bezahlen kann, hat oftmals keinerlei Zugang zu Gesundheitsleistungen, denn auch Behandlungen im Rahmen des »Seguro Popular« müssen zunächst aus eigener Tasche bezahlt werden, was für die ärmeren Teile der Bevölkerung meist eine Unmöglichkeit darstellt.

Besonders schlimm ist die Situation in Gegenden, die von bäuerlicher und indigener Bevölkerung geprägt sind: Sehr wenige Ärzt_innen sind für sehr viele Menschen zuständig – im Bezirk Cochoapa im

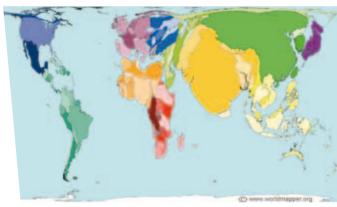
südlichen Bundesstaat Guerrero für 16.000 Einwohner_innen etwa gerade mal zwei Ärzte (zum Vergleich: In den USA stehen dieser Einwohner_innenzahl im Durchschnitt 126, auf Kuba 122 Ärztinnen und Ärzte zur Verfügung). Viele Menschen leiden unter Unterernährung und mangelnder Wasserversorgung, die Säuglingssterblichkeit ist hoch und die Lebenserwartung niedrig, jedes Jahr sterben viele Menschen an heilbaren Krankheiten. Notwendige Medikamente sind oft nicht verfügoder bezahlbar, auch aufgrund von Patentrechten, die großen Pharmaziekonzernen das Recht zur Produktion bestimmter Medikamente vor-

Die größte Hürde für eine ausreichende Gesundheitsversorgung stellt weiterhin die Armut großer Bevölkerungsteile dar. Wohlhabendere Bevölkerungsteile, die sich eine private Versicherung leisten können, genießen weitreichende Privilegien. Die mexikanische Klassengesellschaft spiegelt sich also auch auf gesundheitlicher Ebene wieder.

Sebastian Muy, KV Berlin-Neukölln (derzeit Mexiko-Stadt)

2. Anzahl der Ärztinnen pro Land

Auf dieser Karte sind die ÄrztInnen pro Land aufgezeichnet. Wenn man alle ÄrztInnen auf der Welt gleichmäßig verteilte, kämen auf 100.000 EinwohnerInnen gerade mal 124 ÄrztInnen. 50% der ÄrztInnen leben jedoch in jenen Teilen der Welt, die nur ein Fünftel der Weltbevölkerung bewohnen. Bei dem anderen Fünftel der Bevölkerung sind gerade mal 2% der ÄrztInnen.



3. Bevölkerungszahl pro Land

Seit dem Jahr 2000 geht man davon aus, dass die Weltbevölkerung mehr als 6 Milliarden Menschen beträgt. Auf dieser Karte werden die Länder je nach ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung gezeigt, d. h. je mehr Menschen dort leben, desto größer wird die Fläche.

Politik, die die Schaffung »günstiger Bedingungen für die Wirtschaft« über alles stellt, meist mit Privatisierung und Sozialabbau verbunden



Viele wenige machen ein Viel

Wie die Kieler GärtnerInnen einmal 2.300 Kinder versorgten

Seit jeher sind für die SJD – Die Falken Zeltlager ein wesentlicher Teil der politischen und pädagogischen Arbeit. Ein zentrales Ziel war und ist, dass sie auf den Zeltlagern einen gesellschaftlichen Gegenentwurf zur kapitalistischen und kinderfeindlichen Umwelt entwickeln und diesen (er)lebbar machen. Dieses Ziel verfolgend wurde in den zwanziger Jahren eine geniale Idee geboren: Die Kinderrepublik. Die erste wurde 1927 in Seekamp bei Kiel ausgerufen und war in ihrem Aufbau, dem Programm und der sozialistischen Erziehungsarbeit beispielgebend für alle weiteren Zeltlagertätigkeiten der Falken.

Kurt Löwenstein, Theoretiker der sozialistischen Erziehungsbewegung in Deutschland, beschrieb die Idee der Kinderrepubliken wie folgt: "Was wollen wir Kinderfreunde mit unseren Kinderrepubliken? Unsere Roten Falken singen "Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt" und die Kinderrepubliken sind gar nichts anderes als die praktische, kindlichem Können angepasste Verwirklichung dieses Gedankens."

Seekamp war nicht nur zahlenmäßig ein großer Erfolg (2.300 Kinder nahmen daran teil), sondern hinterließ bei allen Teilnehmer*innen einen tiefen, bleibenden Eindruck. Im Lager kümmerten sich die Kinderfreunde nicht nur um einen Gegenentwurf zum Kapitalismus, sondern hatten auch alle Hände voll zu tun, damit die Teilnehmer*innen gesund versorgt werden konnten. Zum Glück konnten sie auf Solidarität aus der Kieler Arbeiter*innen klasse zählen.

in Norddeutschland ist Wurzel ◀ der Name für Möhren/Karotten das Pfund kosten, mit einem Wort: DIES Gemüse war uns zu teuer. Für das Verpflegungsgeld, das die Kinder bezahlt hatten, konnten wir es nicht kaufen. Vitamine aber mussten sein, die Gesundheit der Kinder erforderte es. Doch woher nehmen und nicht stehlen?

Der Lagerpräsident besprach die Sache mit dem Lagerobmann. »Vitamine?« fragte der, »Vitamine? Ist das was zum Essen?« Dann schlug er sich vor den Kopf und sagte: »Aber das ist doch ganz einfach! Hunderte von Gartenpächtern gibt es in Kiel, und wenn die wissen, dass wir in Not sind, dann helfen sie uns schon. Das ist bei uns selbstverständlich!« Und er ging hin und schrieb einen Aufruf an die Siedler und Gartenpächter. »Unsere Kinder sollen aus gesundheitlichen Gründen viel Gemüse essen«, schrieb er, »aber wir können es nicht heranschaffen. Die Preise, die die Händler von uns verlangen, sind zu hoch. Wollt Ihr uns nicht helfen?«

> Am nächsten Tage stand der Aufruf in der Zeitung. Und der Vorstand der Gartenpächter hatte die Sammelstelle dazugeschrieben, wo seine Mitglieder das Gemüse abliefern konnten. Von den Sammelstellen sollte es im Auto nach Seekamp gefahren werden.

Würde viel zusammenkommen? Einige schüttelten vielsagend die Köpfe und meinten: Wenn es später wäre, dann ja, aber jetzt ist es noch zu früh. Jetzt haben die Gartenpächter selber nichts. Wenn ihr EIN Auto bestellt, das genügt. Also wurde zunächst ein Auto bestellt. Abends, als die Bewohner der Kinderrepublik längst in süßem Schlummer lagen, hörte man plötzlich einige Autos hupen. Wer hat sich denn da verspätet, dachte die Hauptwache, bringt der Konsum etwa noch Lebensmittel? Ehe sie sich noch recht besann, hielten ZWEI GROSSE LIEFERAUTOS MIT ANHÄNGERN vor unserem Lager. Und was brachten sie? GEMÜSE! Erbsen, Bohnen, Wurzeln, Kartoffeln, und was weiß ich noch alles. Und ganze Berge Rhabarber! So begeistert haben wir noch selten unsere Autos entladen.

> Am nächsten Morgen lag das Gemüse wohlgeordnet in unserer großen Scheune. Und die Kinderrepublik machte eine Prozession durch die Scheune, mit Musik und Gesang und was dazu gehört, um sich die Gemüseberge anzusehen.



Vitamine im Global Village 2006

Bild: Bundesbüro

oder »palen«

aus der Hül-

bedeutet:

se lösen

»pahlen«

Und als gefragt wurde, wer jetzt freiwillig Erbsen und Bohnen pah- — len wollte, da war nicht einer unter uns, der sich geweigert hätte. Alle Dörfer und Gemeinschaften haben tüchtig geholfen.

Später stand es in der Zeltlagerzeitung, was die Gartenpächter uns alles geschickt hatten: 15 Zentner Bohnen waren es, 15 Zentner Erbsen, 5 Zentner Wurzeln, 18 Zentner Frühkartoffeln, dazu große Mengen Suppenkraut, Stachelbeeren und Johannisbeeren, und mindestens 10 Kubikmeter Rhabarber. Einige Kieler Genossen, so wurde erzählt, hatten ihr letztes Gemüse aus dem Garten geholt. Und ein altes Mütterchen, das selber keinen Garten hatte und doch so gerne helfen wollte, hatte sich im Laden für teures Geld Gemüse gekauft und es dann glücklich zur Sammelstelle getragen. Ihr könnt euch denken, wie stolz wir auf unsere Genossen waren. Wir haben uns in der Zeitung für ihre Hilfsbereitschaft bedankt. Uns selber aber hat die Gemüsesammlung

VIELE WENIGE MACHEN EIN VIEL!

gelehrt, dass auch der Arme dem

Armen helfen kann.

▶ Der Schrei nach Vitaminen

Der Lagerarzt kam zum Präsidenten und sagte: »Die Kinder müssen mehr Gemüse haben!« »Wieso«, fragte Genosse Löwenstein, »ist das Essen nicht gut?« »Oh ja, gut ist es schon, aber es könnten mehr Vitamine darin sein!«

Wo nehmen wir also die Vitamine her? Ganz einfach, werden die Mädel sagen: Ihr müsst mehr Gemüse ist sehr vitaminreich und deshalb sehr gesund. Das stimmt schon, aber das hätten wir auch alleine gewusst. Was für uns das Schlimmste war: Wir hatten kein Geld! Für ein Pfund Tomaten wollten die Großhändler 50 Pfennig haben, für Bananen verlangten sie 10 Pfennig das Stück, Kohl sollte 15 bis 30 Pfennig



Feed the people - fight the system!

Einfach lecker: Gemeinsam kochen und essen

In unseren Zeltlagern, Pfingstcamps und auf Seminaren schwingen Genossinnen und Genossen den Kochlöffel und kochen nicht ihr eigenes, sondern unser aller Süppchen. Daran hat sich seit der Kinderrepublik Seekamp nichts geändert und bei uns ist es sogar fast schon selbstverständlich, in der Zeltlagerküche zu helfen: Beim Kochen, beim Schnippeln oder auch nur beim Abwaschen sind die Gruppen mit dabei. Aber das Zeltlager ist ja auch Gegenwelt, wie sieht es denn in der Realität aus?

Gesunde Ernährung ist nach wie vor keine Selbstverständlichkeit. Auf der Speisekarte vieler Menschen stehen Fertiggerichte jeglicher Art ganz oben, es ist ja auch so herrlich praktisch: Packung aufreißen, ab in die Mikrowelle – pling, schon ist die Lasagne fertig. Fertiggerichte sind jederzeit verfügbar, man muss nicht schnippeln und im Idealfall nicht mal Abwaschen – alles inklusive. Also alles prima?

Im Zeltlager können wir beobachten, dass Kinder und Jugendliche es ungewohnt finden, gemeinsam als Gruppe zu essen. Zuhause gibt es das nämlich immer weniger: Kinder und Jugendliche gehen ohne Frühstück in die Schule, essen alleine zu Hause, wann und wie es gerade passt, weil die Eltern arbeiten müssen, keine Zeit oder auch keine Lust zum Kochen haben. Im Schnellrestaurant gibt es Burger für einen Euro, da kann man sich ja auf dem

Weg nach Hause was mitnehmen. Ist doch toll, oder?

Aber wo bleibt der Spaß dabei? Wo die Kreativität? Und die Gesundheit? Kochen ist eine Kunst, heißt es. Aber Kunst kommt in diesem Fall sehr eindeutig von Können. Kochen kann man lernen! Und es macht Spaß – besonders beim Essen! Den Spaß am Kochen zu wecken, die Angst vor dem Kochen zu nehmen, neugierig zu machen auf etwas Neues, das alles hat vielen Falkenküchen zum Gruppenkochen gebracht

Grundgedanke ist, dass wir gemeinsam kochen, weil wir Hunger haben und was zu Essen brauchen. Da wir aber nicht mit dem ganzen Zeltlager gleichzeitig in der Küche stehen können, kommt jede Zeltgruppe mal dran und darf das selbstgewählte Gericht dann gemeinsam kochen.

Und die Begeisterung, mit der die allermeisten Kinder und Jugendlichen, die Herausforderung des Kochens annehmen und der Satz: »Kann ich das Rezept haben, ich will das zu Hause mal für meine Familie kochen« macht Hoffnung: Hoffnung darauf, dass die Tiefkühlpizza im Suppermarkt bleibt und es statt dessen was Selbstgekochtes gibt – zum Beispiel Spaghetti à la Punkrock. *

Hendrik Giese KV Kiel

Spaghetti à la Punkrock (für 6 Personen)

Das braucht Ihr:

- > 750 g Spaghetti (je länger, desto mehr Spaß macht das Essen)
- 200g Käse (Gouda, Edamer oder auch was herzhaftes je nach Geschmack)
- > 450 g Rahmspinat (tiefgekühlt) oder probiert das Ganze ruhig auch mit frischem Spinat. Dann braucht Ihr aber etwas mehr Sahne.
- > 1 große Zwiebel, feingehackt
- > 200 ml süße Sahne
- > 2 Zehen Knoblauch
- > Frisch geriebene Muskatnuss, Salz, Pfeffer
- Margarine
- > Reife (Cocktail)tomaten

Und so wird's gemacht:

Den Käse reiben und die Knoblauchzehen fein hacken. Den Spinat auftauen lassen.

Einen großen Topf Salzwasser zum Kochen bringen. Margarine in einem Topf erhitzen und die Zwiebel darin anbraten bis sie glasig ist. Dann die kleingehackten Knoblauchzehen zugeben und kurz mitbraten.

Den Spinat dazugeben, die Sahne dazu und mit Salz, Pfeffer und Muskatnuss würzen. Dann noch den geriebenen Käse dazu umrühren und die Soße ist fertig.

Ab mit den Spaghetti ins kochende Wasser und wieder raus, wenn sie al dente sind.

Die Cocktailtomaten vierteln, heiße Spaghetti in den Teller, Soße drauf und eine Handvoll Tomatenspalten dazu.

Mahlzeit!

Das Rezept stammt aus: »Das Ox-Kochbuch: Vegetarische und vegane Rezepte nicht nur für Punks«, Ventil Verlag

IUSY World Festival 2011

25. – 31. Juli, Attersee, Österreich

Vom 25. bis 31. Juli 2011 wird im Europacamp in Weißenbach am Attersee/Österreich das IUSY World Festival stattfinden. Unter dem Motto »We know where we come from – we know where we are going« werden Jugendliche aus über 100 Ländern eine Woche lang debattieren, voneinander lernen, neue Ideen entwickeln, feiern und jede Menge Spaß haben.

Das IUSY World Festival hat eine lange Tradition und ist wichtiger Bestandteil unserer Bewegung. Globale Herausforderungen verlangen nach globalen Lösungen. Dieses Bewusstsein kann nicht früh genug entwickelt werden. Im Laufe der letzten 100 Jahre hat die IUSY

speziell durch Camps und Festivals viel dazu beigetragen, dass dieses Bewusstsein integraler Bestandteil unserer Bewegung ist und bleibt. Der Begriff der internationalen Solidarität wird hier mit Bedeutung gefüllt und gelebt.

2011 ist auch ein historisches Jahr: zum 100. Mal jährt sich der Geburtstag von Bruno Kreisky, dem wohl bedeutendsten österreichischen Sozialdemokraten der Zeit nach 1945. Gleichstellung und Gleichberechtigung gehörten zu den Eckpfeilern seiner Politik. Dies und die Entscheidung, eine IUSY-Kampagne zu diesem Thema zu erarbeiten, machen die Wahl eines politischen Schwerpunktes nicht



The Power of Solidarity

Bild: www.iusyworldfestival.org

schwer: EQUALITY (Gleichheit) wird das zentrale politische Thema des Festivals sein.

Mehr Informationen unter:

www.iusyworldfestival.org oder bei Maja Tölke (maja.toelke@wirfalken.de) im Falken-Bundesbüro.

Wir wissen, woher wir kommen, wir wissen, wohin wir gehen!

International

Socialist Youth,

www.iusy.info

Union of



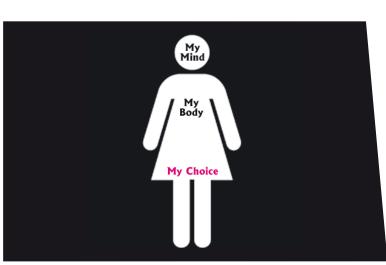
Selbstbestimmungsrecht der Frau

Abtreibung in Deutschland: Weiterhin illegal

Entgegen weit verbreiteter Meinungen – auch innerhalb der Linken sind Abtreibungen in Deutschland weiterhin illegal. Das zeigt ein Tabu auf und gleichzeitig einen Wissensmangel. Dabei ist Abtreibung – und damit das körperliche Selbstbestimmungsrecht der Frau – eigentlich ein Politikum und keine Privatsache. Ebenso ist Abtreibung keinesfalls etwas moralisch Verwerfliches.

Zitiert aus: »Remember what's forbidden: Gesellschaftliche Kämpfe um Abtreibung« vom AK **linker Feminismus** Im § 218 des Strafgesetzbuches werden Schwangerschaftsabbrüche mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft, wenn nicht mehrere Bedingungen erfüllt werden, unter denen die Tat zwar rechtswidrig, aber straffrei bleibt. Dabei muss innerhalb einer bestimmten Frist (12 Wochen) eine Zwangsberatung aufgesucht werden, die zwar »ergebnisoffen« sein soll, aber gleichzeitig dem »Schutz des ungeborenen Lebens« dienen soll. Die Schwangerschaft muss den »körperlichen oder seelischen Gesundheitszustand« der Frau gefährden den. Vom Schutz der Frau vor Armut. Einsamkeit oder Fremdbe-

oder durch sexuelle Nötigung entstanden sein. Nur die medizinische Indikation ist an keine Frist gebunstimmtheit spricht da niemand.



Mehr wissen

Mehr Informationen zum Thema erhaltet ihr zum Beispiel > Aus feministisch-persönlicher Perspektive in dem Buch »Hot

Topic: Popfeminismus heute« von Sonja Eismann (Herausgebe-

- > Aus international-gesellschaftlicher Perspektive aus dem Dokumentarfilm »Abortion Democracy« von Sonja Diehl
- Aus philosophisch-wissenschaftlicher Perspektive in dem Essay von Barbara Duden »Der Frauenleib als öffentlicher Ort: Vom Missbrauch des Begriffs Leben«

»Das juristische Paradox des rechtswidrigen, aber straffreien« Abbruchs schlägt sich auf den gesellschaftlichen Umgang mit Abtreibung nieder: Es ist nicht wirklich okay, einen Abbruch zu haben, und ohne Scham und Rechtfertigungsdruck soll es ihn auch nicht geben.« Noch deutlicher zeigt sich das in der vielmals menschenunwürdigen Praxis und in dem herablassenden Umgang, dem Abtreibende begegnen.

Wir fordern die Anerkennung der Grundrechte der Frauen!

Das Selbstbestimmungsrecht der Frau wurde von Frauenorganisationen im Kampf gegen Abtreibungsverbote geprägt und umfasst den politischen Appell zur Achtung ihrer Würde. Als klassisches Grundrecht ist das Selbstbestimmungsrecht als Abwehrrecht gegen staatliche Eingriffe konzipiert und soll den Frauen einen Freiraum zur Verwirklichung selbstgewählter Lebensmöglichkeiten garantieren. Das Selbstbestimmungsrecht ist in Abgrenzung zu staatlicher Fremdbestimmung und nicht in der Polarisierung Frau – Embryo entstanden.

Der Entscheid über einen möglichen Abbruch einer Schwangerschaft richtet sich nicht gegen ein Embryo als Individuum. Es geht um die Frage: Kann und will ich in meiner konkreten Situation Mutter werden? Lassen mir meine mitmenschlichen Beziehungen, meine eigene Geschichte, meine ökonomische Situation Raum, eine verantwortbare Mutterschaft zu leben? Notfalls auch alleingelassen von dem Vater?

Dieses Selbstbestimmungsrecht kann nicht als Verfügungsrecht über menschliches Leben verstanden werden. Das System Frau-Embryo bleibt unangetastet. Es ist ein Entscheidungsrecht. Es beinhaltet den freien Entscheid für eine verantwortungsvolle Mutterschaft. Der Entscheid der Frau umfasst auch die Perspektive des künftigen Kindes, denn diese Perspektive ist mit der konkreten Lebenssituation der Frau untrennbar verbunden.

Abtreibung ist Frauenrecht

Abtreibung ist weder Notlösung noch Tötung. Abtreibung ist ein Frauenrecht, das sich aus der Freiheit ableitet, Zeitpunkt und Zahl der Kinder eigenverantwortlich zu bestimmen. Dazu gehört auch das

Die Clara »Clara« ist die feministische und frauenpolitische Seite der AJ. Clara Zetkin war eine streitbare Sozialistin und Kommunistin, die als eine der Ersten eine sozialistische Frauenenmanzipations theorie entwickelt hat. Sie war Redakteurin der »Gleichheit«, der Zeitschrift der Arbeiterinnenbewegung, und rief 1911 den 8. März als Frauentag ins Leben. Sie engagierte sich in der SPD, dann in der USPD und schließlich in der KPD, die sie auch im Reichstag vertrat 1933 starb Clara Zetkin im russischen Exil.

Recht, sich bewusst für Kinderlosigkeit zu entscheiden. Ein Abtreibungsverbot fordert von ihr die totale Unterwerfung unter ihre biologische Fähigkeit zur Mutter schaft, physisch, psychisch, sozial und rechtlich. Wenn einer Frau zugemutet wird, sich in eine Schwangerschaft zu fügen und ein Kind zu gebären, das sie nicht gewollt hat, dann ist dies Zwang und Fremdbestimmung, eine Verletzung des Kerns elementarster Grundrechte.

Verhütung, Schwangerschaft und Abtreibung stehen in einem gesellschaftlichen **Konsens**

Solange es keine perfekte Verhütung gibt, solange Vergewaltigung alltägliche Frauenrealität ist, und andererseits die Abtreibung jetzt noch in Gebieten auf der ganzen Welt strafrechtlich sanktionierbar bleibt, solange Mutterschaft also erzwungen werden kann, sind wir Frauen auf unsere biologische Funktion festgelegt und damit aus dem Grundrechtsschutz radikal ausge-

Frausein im Gegensatz zum Mannsein bedeutet schwanger werden zu können. Menschsein muss für die Frau bedeuten, es nicht werden zu müssen. Erst die freie Abtreibung macht auch das Kinderkrie-

Mädchen- und Frauenpolitische Kommission, angelehnt an einen Text der SJÖ – Sozialistische Jugend Östereich zum Thema Schwangerschaftsabbruch



We want Sex!

Der erste Arbeiterinnenstreik in Großbritannien

»We Want Sex« von Nigel Cole erzählt, wie britische Frauen 1968 Männerlöhne erstritten und greift damit ein bis heute wichtiges soziales Thema auf unterhaltsame Art und Weise auf. Doch worum geht es bei dem Film genau?

Geschlechtstypische Arbeitsteilung

1968 arbeiteten etwa 55.000 Männer bei dem Autohersteller Ford in Großbritannien – und 187 Frauen. Wesentlich anders sah das auch in anderen Teilen der Welt nicht aus. Diese Frauen machten den vermeintlich weiblichen Teil der Arbeit, sie nähten die Sitzbezüge der Autos zusammen und das auch noch unter unmenschlichen Bedingungen: Glühende Hitze wechselte sich ab mit einem durchgeregneten Dach.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Ford tat damals das, was alle großen Industriebetriebe taten – und was die Mehrzahl heute noch tut: Sie klassifizierten die Frauen als "ungelernte Hilfsarbeiterinnen«. Unabhängig davon, wie anstrengend und herausfordernd deren Tätigkeit wirklich ist, bedeutet das nur einen Bruchteil des Lohnes der männlichen Kollegen. Womit damals niemand rechnete, war die weibliche Solidarität und ihr Kampfeswille, der aus der sozi-

alen Not heraus den ersten Arbeitskampf von Frauen entstehen ließ.

Die gesellschaftliche Stellung der Frau

Spannend ist an dem Film außerdem, dass er zeigt, wie auch Gewerkschaften und andere angebliche arbeitnehmerInnensolidarische Personen nicht auf der Seite der Frauen stehen. Denn deren gesellschaftliche Stellung scheint klar: Trotz Lohnarbeit auch für Kinder und Haushalt zuständig zu sein und wenn schon bitte Politik, dann doch nicht gleich streiken!

Dass die Frauen sich dem entgegensetzen, stellt eine ganze gesellschaftliche Ordnung unter Druck und so werden zwei Dinge schnell deutlich: Zunächst einmal ist es kein einzelner Kampf der Arbeiterinnen von Ford, sondern etwas, was alle Frauen angeht. Und zweitens ist es für die Frauen so gut wie unmöglich, für ihre Rechte einzutreten, wenn sie niemanden zu Hause haben, der ihnen den Rücken frei hält – etwas, was auch für männliche Revolutionäre gilt, worüber aber niemand spricht.

Bei der Emanzipation mitfiebern

Kurz und gut: Der Film ist urkomisch, herzzerreißend tragisch, politisch interessant analysiert und



Um Sex geht's gar nicht.

Bild: www.wewantsex-derfilm.d

alles in allem wirklich empfehlenswert. Die Mischung aus dem Pep der 1960er Jahre mit wahren politischen Dramen und britischem Humor ist wunderbar. Geht in die Kinos, so lange er noch läuft und fiebert mit, wenn die Emanzipation vonstattengeht!

Übrigens: Der reißerische Titel existiert im englischen Original gar nicht, dort lautet er: »Made in Dagenham«. *

Maike Groen Kreisverband Braunschweig

Sonst nirgends zu sehen Videogruppe Leftvision im Interview

Was genau ist Euer Projekt?

Leftvision: Wir sind eine Gruppe von Menschen aus unterschiedlichen Bereichen linker Politik und verstehen es als unsere Mission, Videos zu produzieren, die für viele interessant sind. Außerdem soll unsere Website auch eine Plattform für Clips von Anderen sein.

Gibt es das nicht schon? Was ist das Besondere an Eurem Projekt?

Es gibt linke Zeitungen, Internetseiten, Radiosender, auch mal ein einzelnes Video oder einen Film. Aber etwas mit leftvision Vergleichbares gibt es tatsächlich nicht. Ein umfassendes Angebot an aktuellen Videos zu verschiedensten linken Themen kommt da gerade richtig. Youtube-Filmchen gehören bei jungen Menschen zu den präsentesten Medien. Wenn sie einen Nerv treffen, verbreiten sie sich im Internet rasend schnell, z.B. über soziale Netzwerke. Davon können Flugblätter etc. nur träumen.

Was sieht ein typisches Video aus?

Das gibt es eigentlich nicht. Wir machen Werbung für und Berichte von wichtigen Demonstrationen oder bringen unser Publikum mit Satire zum Lachen und nehmen intellektuelle Pläusche zu unterschiedlichen Themen auf. Das ist erst der Anfang – wer weiß, was noch alles kommt? Das letzte was wir rausgehauen haben war eine Liveaufnahme von einer Protestaktion. In einem Flugzeug, welches Flüchtlinge an Bord hat, die abgeschoben werden sollen, stehen mehrere Fluggäste auf, um gegen die Abschiebepolitik der

europäischen Staaten zu protestieren. Die Maschine muss daraufhin umdrehen und landen. Sowas bekommt man sonst nirgends zu sehen. Das Medium Video kann linke Theorie und Praxis gut vermitteln, so ein Stück weit »spürbar« machen.

Was können die Leser_innen tun?

Auf der Website könnt Ihr Euch selbst ein Bild von unserer Arbeit machen. In regelmäßigen Abständen erscheinen dort neue Videos. Wir sind natürlich auch bei Facebook und Youtube. Wir wollen Euch aber auch aufrufen, bei Euren Mitgliedern weiterhin einen kritischen Umgang mit Medien zu vermitteln – Medienkompetenzen zu stärken. Und letztendlich auch eigene Medien zu machen. Das macht Spaß und man lernt 'ne Menge dabei. Wenn ihr Interesse an Videoaktivismus habt, Tipps braucht, uns einen Clip für die Website empfehlen wollt oder sonst irgend was los werden wollt: Meldet euch jederzeit.

Check: www.leftvision.de



Dresden Nazifrei – auch 2011!

Kleines Demo-Tagebuch von der erfolgreichen Blockade

19. Februar, 5 Uhr, Regensburg. Mit kleinen Augen, aber großen Erwartungen brechen wir auf nach Dresden. »Viel Spaß« wünscht der Busfahrer uns Juso-, solid- und Falkenmitgliedern, die wir alle schon etwas aufgeregt sind – schließlich war 2010 kaum einer bei den Blockaden gewesen und die Polizei hatte angekündigt, die Nazis marschieren zu lassen.

6:30 Uhr. An einem Autobahnrasthof noch weit innerhalb Bayerns
treffen wir schon auf zwei Polizeikleinbusse, die uns zum Glück
nicht behelligen. Ein gutes Zeichen?
Zumindest ein Zeichen dafür, schon
jetzt das weitere Vorgehen zu planen. Denn wir müssen auf eigene
Faust ohne Konvoi nach Dresden

9 Uhr, Abfahrt Südvorstadt Dres-

den: Wir freuen uns, denn wir stehen im Stau! Der besteht nämlich nur aus Antifa-Bussen. Während ein Großteil der NazigegnerInnen vor uns schon aussteigt, werden wir zum Neustädter Bahnhof dirigiert. Dort angekommen, müssen wir feststellen, dass die Polizei ganz Dresden lahmgelegt hat: Alle Elbbrücken gesperrt, Straßenbahn blockiert: Von Reisefreiheit keine Rede. Zum Glück fahren S-Bahnen noch, so gelangen wir zum Hauptbahnhof

Bis etwa 13 Uhr gehen wir in unseren Bezugsgruppen nur nördlich entlang der Bahnlinie in Dresden spazieren und versuchen, eine noch freie Unterführung zur Südseite zu finden. Einem Teil gelingt das, denn die Polizei hat an manchen Stellen nur eine Handvoll Leute postiert. Kurz darauf blockieren sie erfolgreich die Naziroute. Die anderen blockieren schließlich zwar keine Nazis, aber friedlich Konvois aus Po-

lizeifahrzeugen und haben deswegen bald Pfefferspraygeruch in der Nase. Eine gute Entscheidung, erschweren wir damit doch die Räumung unserer blockierenden GenossInnen im Süden. Die Jüngeren versuchen wir aus der Schusslinie zu halten.

14 Uhr: Bei unseren weiteren Versuchen, einen Übergang zum Süden zu finden, landen wir auf der Brücke der Budapester Straße, wo die AntifaschistInnen noch mal versuchen, durch die Polizeiketten zu brechen. Statt uns verfassungsgemäß demonstrieren zu lassen, werden wieder Pfefferspray und Knüppel eingesetzt.

16 Uhr: Nur noch über den Ticker erfahren wir, dass viele Nazis gar nicht zu ihren Kundgebungsorten gekommen waren und die Blockaden erfolgreich sämtliche Aufmärsche verhindert haben. Zu der Zeit sitzen wir schon erschöpft im Bus bei der Heimreise. Länger zu bleiben erlaubten die Lenkzeiten des Busfahrers nicht.

21 Uhr, wieder zu Hause: Mit Genugtuung nehmen wir zur Kenntnis, dass der Nazifrei-Ticker schreibt: »Wiederholt haben wir den Nazis den Tag versaut. So geht es weiter – bis der Naziaufmarsch Geschichte ist.« Die Polizei meinte am Abend noch, sich rächen zu müssen: Ohne Durchsuchungsbefehl stürmte das Landeskriminalamt die Dresden-Nazifrei-Büros, trat die Türen ein. fesselte MitarbeiterInnen und beschlagnahmte alle Speichermedien. So lange unser antifaschistischer Kampf so kriminalisiert wird, werden wir natürlich weiter blockieren - bis auch so etwas Geschichte ist. *

> Ben Mirwald Bezirk Niederbayern/Oberpfalz



Wer vom Katz-und-Maus-Spiel mit der Polizei genug hatte, konnte an den Blockadepunkten tanzen Bild: pri

.....

Hintergrund

Am 13. Februar 1945 bombardierten alliierte Flieger das faschistische Dresden im nationalsozialistischen Deutschland. Seit Jahren instrumentalisieren Nazis dies für ihre Zwecke gemeinsam mit einer bürgerlichen Gedenkkultur, die nur deutsche Opfer sieht und keine Täter. Wir Falken akzeptieren ebenso wie andere AntifaschistInnen nicht, dass die Nazis die Geschichte verdrehen und die eigentlichen Opfer des Nationalsozialismus verhöhnen. Wir lehnen jede Leugnung und Relativierung der deutschen Schuld an Vernichtungskrieg und Holocaust ab.

Weil sich Nazis aber nicht mit Trotz besiegen lassen, gab es auch im Jahr 2011 wieder Aktionen des zivilen Ungehorsams, um den Naziaufmarsch zu verhindern. Wir stellen uns dabei den Versuchen, die antifaschistische Bewegung zu kriminalisieren oder als »extremistisch« abzustempeln, solidarisch entgegen. Denn auch dieses Jahr haben wieder u.a. viele Hundert Falken-GenossInnen den Naziaufmarsch gemeinsam blockiert – bunt und lautstark, kreativ und entschlossen!

Falken-Bundeskonferenz

2. bis 4. Juni 2011 in Hamburg

Vom 2. bis zum 4. Juni 2011 findet in Hamburg die 34. ordentliche Bundeskonferenz der SJD – Die Falken statt

Die Bundeskonferenz ist das höchste beschlussfassende Organ unseres Verbandes. Sie findet alle zwei Jahre statt und setzt sich aus 140 Delegierten zusammen, die in den Landesverbänden und Bezirken gewählt werden. Inhaltlicher Schwerpunkt der diesjährigen Konferenz wird Ausgrenzung im Kapitalismus sein.

Neben inhaltlichen Debatten (die vorliegenden Anträge sind ab Ende April im Extranet unter www.wirfalken.de abrufbar) und der Diskussion und Beschlussfassung über die zentralen bundesweiten Arbeitsvorhaben für die kommenden zwei

Jahre steht auch die Wahl eines neuen Bundesvorstands auf der Tagesordnung. Außerdem ist eine gemeinsame Aktion zu Migration und Flüchtlingspolitik in der Hamburger Innenstadt geplant und natürlich wird abends auch kräftig gefeiert.

Mehr Informationen gibt es voraussichtlich ab Mitte Mai unter www.wir-falken.de.